



DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

40. JAHRGANG

MÄRZ 1988

NUMMER 1

Gedenken an den März 1938 Ehrengabegesetz

Anlässlich des 50. Jahrestages der für Österreich so verhängnisvollen März-tage des Jahres 1938 finden zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt, die oft zur gleichen Zeit beginnen. Zur engeren Auswahl werden empfohlen:

Donnerstag, 10. 3. 1988:

18 Uhr: Wien 1, Rathaus/Volkshalle, Eröffnung der Ausstellung „Wien 1938“, Eintritt frei, bis 30. Juni 1988, täglich 10 bis 18 Uhr, Katalog mit Illustrationen um S 150,- erhältlich.

19 Uhr: Wien 1, Rathausplatz, Großkundgebung der Stadt Wien, mit einer musikalischen Umräumung. Kurzsprachen halten: Bürgermeister Dr. Zilk, Stadtrat Dr. Busek sowie die Zeitzeugen Präsident Groz, Vizekanzler a. D. Dr. Bock, Bundeskanzler a. D. Dr. Kreisky, Bundesminister a. D. Olah, Präsident Dr. Soswinski und Univ.-Prof. Dr. Frankl.

Freitag, 11. 3. 1988:

14 Uhr: Wien 1, Morzinplatz, Gedenkumgebung der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände.

18 Uhr: Wien 1, Stephansdom, Wortgottesdienst mit den österreichischen Bischöfen.

9-18 Uhr: Wien 1, Altes Rathaus, Wipplingerstraße 8 (DÖW), Sonderpostamt mit Sonderstempel: Motiv mit Aufschrift „Niemand vergessen!“ Ab 11. 3. 1988 gibt die Postverwaltung anlässlich des Gedenktages eine Briefmarke „Finit Austriae“ heraus!

Samstag, 12. 3. 1988:

10 Uhr: Wien 9, Volkkirche, Gedenk-gottesdienst der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten für alle, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben. Zelebrant ist der Militärbischof Dr. Alfred Kosteletzky. Gesonderte Einladungen zu diesem Gedenkgottesdienst sind in Aussendung!

14.30 Uhr: Wien 1, Stephansdom, Gedenkmesse der Pan-Europa-Bewegung, anschließend Kranzniederlegung und Abschlussskundgebung in der Hofburg.

Sonntag, 13. 3. 1988:

9.30 Uhr: Wien 1, Morzinplatz, beim Gedenkstein für die NS-Opfer ökumenischer Gottesdienst als Memento „Und vergib uns unsere Schuld“.

11 Uhr: St. Pölten, Hammer-Park, Gedenkstunde des Landes Niederösterreich für die Opfer des Nationalsozialismus an einer ehemaligen Hinrichtungsstätte des NS-Regimes.

18 Uhr: Wien 1, Stephansdom, Gedenk-gottesdienst des ÖCV und der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände (AKV).

Donnerstag, 17. 3. 1988:

17 Uhr: Wien 15, Westbahnhof - in der Schalterhalle Abfahrtsseite, Enthüllung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den 1. Transport politischer Häftlinge aus Wien in das KZ Dachau am 1. April 1938.

Zu den Veranstaltungen im Parlament, von der Bundesregierung und in den Ländern ergehen gesonderte Einladungen!

Im Nationalrat liegt eine Regierungsvorlage über die Zuerkennung einer einmaligen finanziellen Zuwendung an die Inhaber eines Betreuungs-Ehrenzeichens (BEZ) und an die Opfer des NS-Regimes bzw. bestimmte Hinterbliebene zur parlamentarischen Behandlung und zur Verabschiedung in Gesetzesform vor. Als Empfänger dieser Ehrengabe sind vorgesehen:

1. Inhaber eines BEZ. Sie sollen die Verständigung vom BMFS mit der Frage erhalten, auf welches Konto die Ehrengabe überwiesen werden kann. Die Ablehnung der Ehrengabe ist möglich, muß aber schriftlich mitgeteilt werden.
2. Alle Personen, denen zwar kein BEZ verliehen wurde, die aber eine monatliche Leistung nach dem OFG erhalten. Verständigung erfolgt wie bei 1. und Ablehnung ist ebenfalls möglich.

3. Inhaber einer Amtsbescheinigung, die weder das BEZ verliehen erhielten noch eine monatliche Leistung beziehen. Diese Personen müssen einen Antrag um die Ehrengabe einbringen.

4. Inhaber eines Opferscheines, die ebenso erst einen Antrag stellen müssen. Diese Personengruppe nach 3. und 4. sind erst zu erfassen! Die Höhe der Ehrengabe ist gestaffelt und beträgt S 5000,-, S 4000,-, S 3500,- oder S 2500,-. Die Mitteilungen der Anspruchswerber müssen bis 31. 12. 1988 eintreffen!

Nach der Beschlußfassung im Parlament und Kundmachung im Bundesgesetzblatt berichten wir wieder über die notwendigen Formalitäten! Die Organe der Opferverbände beraten dann auch gerne über alle Voraussetzungen als Anspruchsberechtigte!

Die Iden des März 1938

Die 50. Wiederkehr des Tages, an dem Österreich von den braunen Horden überfallen worden ist, ist für uns kein Anlaß zum Feiern, wohl aber zum Bedenken und Gedenken. Gedenken wollen wir der unzähligen Opfer im Gefolge dieser Ereignisse; bedenken, wie es dazu gekommen ist.

Der erste gefährliche Versuch, Österreich mit Gewalt „Heim ins Reich“ zu holen, der sogenannte Juli-Putsch, nach mehrmaligen Verschiebungen am 25. Juli 1934 inszeniert, hat die von den braunen Söldnern in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Die erhoffte „Volkserhebung“ hat nicht stattgefunden. Nur eine Minderzahl von Marxisten tat mit den Nationalsozialisten mit, z. B. Gerl, der nach NS-Manier ein Sprengstoffattentat verübte und den ihn perlistierenden Polizeibeamten kaltblütig erschossen hat. Andere wieder sind mit Hilfe illegaler Nationalsozialisten nach Deutschland geflüchtet und erwiesen sich dort den Braunen in ihrem Kampf gegen Österreich nützlich, wie z. B. der Schutzbundkommandant von Linz, Bernaschek. Einige nach 1934 ins Ausland geflüchtete Schutzführer kehrten nach der Besetzung Österreichs durch die Nationalsozialisten aus der Emigration in der CSSR oder Sowjetunion zurück in der Erwartung, wenn schon von ihnen ehemaligen Kampfgefährten gegen die „System-Regierung“ nicht mit offenen Armen aufgenommen zu werden, doch wenigstens unbehelligt zu bleiben. Sie waren erstaunt, als sie an der Grenze von der Gestapo verhaftet worden sind. Einige von ihnen habe ich im Juli 1938 im Gefängnis kennengelernt.

Dank des Widerstandes der österreichischen Exekutive, verstärkt durch Zehntausende freiwilliger aufrechter Österreicher, wurde dieser Versuch einer Machtergreifung der Braunen verhindert, freilich unter hohen Blutopfern. Das prominenteste Opfer war der damalige Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß, der einzige Regierungschef, der im offenen Kampf gegen die Nationalsozialisten gefallen ist; ein Umstand, der viel zu wenig in der Öffentlichkeit bekannt ist.

Nach den für sie negativen Erfahrungen wurde seitens der braunen Machthaber das Dritte Reiches mit allen Mitteln versucht, Österreich mühe zu machen, Verwaltung, Exekutive und Bundesheer wurden zu unterwandern versucht, Sprengstoffanschläge in

verstärktem Maße verübt. Schließlich wurde der damalige Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg auf den Obersalzberg bei Berchtesgaden gelockt. Dort versuchte Adolf Hitler mit der Demonstration aller seiner Machtmittel – Deutschland war damals der bestgerüstete Staat – Österreich zur Kapitulation zu zwingen. Die Hilferufe Österreichs an die Welt, insbesondere den Völkerbund und die europäischen Großmächte, vor allem Großbritannien und Frankreich, blieben ergebnislos. Selbst die USA hatten durchaus Verständnis für das Vorgehen Adolf Hitlers. Nur das ferne Mexiko hat protestiert. Alle anderen Staaten haben „den vollzogenen Tatsachen Rechnung getragen“ und ihre diplomatischen Vertretungen in Wien aufgelöst. Österreich war das erste Opfer, das der braunen Tyrannei zum Fraß vorgeworfen worden ist.

Als nach einem halben Jahr Adolf Hitler Appetit auf das nächste Opfer, die CSSR, hatte, wurde auch diese auf Grund der beiden Münchner Abkommen, im wesentlichen unterzeichnet von den Vertretern von Großbritannien und Frankreich, kampflos ausgeliefert. Erst beim dritten Opfer, Polen, sind die europäischen Westmächte aufgewacht. Der Zweite Weltkrieg begann. Diesmal war es die osteuropäische Großmacht, die mit Adolf Hitler paktierte und ihm dadurch den Rücken für den Angriff im Westen freigemacht hat. Die damals vereinbarte Demarkationslinie bildet im wesentlichen heute noch Polens Westgrenze. Welche der Großmächte ist an der Ausweitung von Adolf Hitlers Macht so ohne Schuld, um dem kleinen Österreich Vorwürfe machen zu können? Wo waren die, die sich heute anmaßen, uns abzuurteilen?

Noch im März 1938, sofort nach der Besetzung Österreichs, hat eine große Verhaftungswelle durch die Gestapo eingesetzt. Betroffen waren vor allem jene aufrechten Österreicher, die sich mutig den Braunen entgegengestellt haben, aber auch führende Marxisten. Dem ersten Transport von Österreichern in das KZ Dachau am 1. April 1938 folgte die Verschleppung Zehntausender in Kerker, KZ und Vernichtungslager. In der Haft lernten die bisher verfeindeten österreichischen Politiker im einstigen politischen Gegner den Schicksalsgefährten, ja Kameraden, kennen. Aus der Erkenntnis, daß die Uneinigkeit der großen Parteien, deren Zank und Haß, der bis zum blu-

tigen Bürgerkrieg eskaliert ist, Österreichs Widerstandskraft gegen den Nationalsozialismus geschwächt hat, kamen sie überein, nach dem Ende der braunen Barbarei nicht wieder in den alten Fehler der Uneinigkeit zurückzufallen, sondern sich die Hände zum gemeinsamen Wiederaufbau ihrer Heimat zu reichen, also um ein heute gängiges Schlagwort zu gebrauchen, so die Vergangenheit zu bewältigen. Dies ist mit der ersten frei gewählten Regierung Figl im Dezember 1945 Wirklichkeit geworden. Nur aus dieser Haltung der Männer der ersten Stunde, dem sogenannten „Geist der Lagerstraße“, waren die gewaltigen Wiederaufbauleistungen nach 1945 möglich.

Zeitbedingt gehört der heutigen aktiven österreichischen Politikergeneration kaum jemand noch an, der die Greuel der braunen Tyrannei selbst verspürt hat. An die Stelle des Gemeinsamen trat wieder das Trennende, neue Gräben wurden aufgerissen. Jede der beiden Großparteien sucht in mißverständlicher Vergangenheitsbewältigung eine Schuld an den Ereignissen des März 1938 dem politischen Gegner zuzuschreiben; sie sehen zwar den Splitter im Auge des politischen Gegners, nicht aber den Balken im eigenen Auge. Dies geht so weit, daß in jüngster Zeit bei Wahlen innenpolitische Zwistigkeiten ins Ausland getragen worden sind und damit eine ausländische Einmischung in rein innerösterreichische Angelegenheiten ausgelöst worden ist.

In seiner Rede vor dem Parlament am 12. Februar 1984 hat der damalige Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger, wohl auch im Hinblick auf das Schicksal Österreichs 1938, die österreichischen Parteien davor gewarnt, noch einmal den Versuch zu unternehmen, sich in innerpolitischen Auseinandersetzungen der Schützenhilfe ausländischer Machtgruppen zu bedienen.

Österreich hat heute Probleme genug, die nur durch eine verständnisvolle Zusammenarbeit aller positiven Kräfte bewältigt werden können. Kehren wir wieder zurück zur Haltung der Männer von 1945, zum „Geist der Lagerstraße“; schütten wir alte Gräben zu, reichen wir uns die Hand zur gemeinsamen Bewältigung von Österreichs Zukunft! In der Liebe zu Österreich soll uns niemand übertreffen.

- Dr. Hubert Jurasek -

Neujahrsappelle zum Gedenkjahr 1988

Zum Neujahr 1988 sind auch Appelle ergangen, die sich mit dem Gedenken an 1938 befassen und auf die Schrecken des NS-Regimes hinweisen. Besonders eindringliche Worte aus den Neujahrsansprachen folgender Persönlichkeiten lauteten:

Bundespräsident WALDHEIM: „Man muß immer wieder offen aussprechen, daß uns 1938 die verbrecherische Politik des NS-Regimes in den Abgrund geführt hat, eine Politik, die viele erst durchschaute, als es schon zu spät war.“ Bundeskanzler VRANITZKY: „Österreich war sieben Jahre von der Landkarte gelöscht worden... den 13. März selbstbewußt, aber auch mit

der klaren Absicht zu begehen, daß sich so eine Katastrophe nie mehr wiederholen darf.“ Erzbischof BERG: „... im Gedenkjahr 1988 nicht zu gefahren, was mühsam erreicht wurde... Fast 250.000 Soldaten kamen nicht mehr in ihre Heimat zurück. Hunderttausende haben ihr Leben verloren. Jüdische Mitbürger, Zigeuner wurden in der Vernichtungsmaschinerie des Rassenwahns zugrunde gerichtet. Widerstandskämpfer, politisch Verdächtige, zahlreiche Priester und Ordensleute wurden von einer Pseudojustiz in den Tod geschickt. Kinder und Frauen kamen im Bombenhagel des totalen Krieges um...“

OPFERFÜRSORGEGESETZ (OFG)

I. Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen vom 1. Jänner bis 30. Juni 1988

Zum 1. 1. 1988 bleiben die meisten Renten und Zulagen unverändert, wie für 1987 geltend. Die allgemeine Anpassung an die Teuerung und Indexwerte ist erst zum 1. 7. 1988 vorgesehen. Jedoch die Unterhaltsrenten gemäß § 11 Abs. 5 OFG, zugleich Einkommensgrenze hierfür, und die Beihilfen gemäß § 11 Abs. 7 OFG, mit der eigenen Einkommensgrenze hierfür, werden mit dem Faktor 1,028 ange-

paßt, also ab 1. 1. 1988 um 2,8 Prozent erhöht. Diese nun ab 1. 1. 1988 erhöhten Beträge sind folgende:

Unterhaltsrente und zugleich Einkommensgrenze für OPFER:

Alleinstehende: S 7534,- (bisher S 7329,-)

Verheiratete bzw. für Lebensgef. sorgend: S 9485,- (bisher S 9227,-)

Unterhaltsrente und zugleich Einkommensgrenze für HINTERBLIEBENE:

Witwen, Witwer, Waisen, Eltern: S 6621,- (bisher S 6441,-)

Beihilfen für HINTERBLIEBENE:

Witwen, Witwer und Waisen: S 6621,- (bisher S 6441,-)

Erhöhung der Einkommensgrenze für HINTERBLIEBENE:
für jedes waisenrentenberechtigte Kind: S 534,- (bisher S 519,-)

II. Ausgleichstaxfonds/Einkommensgrenze:

Für AUSHILFEN und DARLEHEN bleiben die Einkommensgrenzen ab 1. 1. 1988 unverändert.

Für ÜBERSATZUNGSMÄSSIGE LEISTUNGEN gemäß § 12 Abs. 4 OFG sind die Einkommensgrenzen ab 1. 1. 1988 erhöht und betragen nunmehr: Einzelpersonen: S 15.068,- (bisher S 14.658,-)

Ehepaare: S 18.970,- (bisher S 18.454,-)

Erhöhung pro Kind: S 3162,- (bisher S 3075,-)

Zuschußerhöhungen ab 1. 1. 1988:
Für Kur- bzw. Erholungsaufenthalte: S 251,- tgl. (bisher S 244,-)
für Zahnkronen: S 1256,- (bisher S 1221,-)

Die ab 1. Juli 1988 geltenden Beträge werden nach Bekanntwerden in unserer Zeitschrift veröffentlicht

III. Aushilfen an Kinder von Opfern:

OF-Kommission am 10. Dezember 1987: Im Hinblick auf die derzeit finanziell angespannte Lage des Ausgleichstaxfonds empfiehlt die OF-Kommission, Aushilfeansuchen von Kindern von Opfern ohne vorherige Befassung der OF-Kommission abzulehnen. Lediglich Ansuchen, bei denen besondere Umstände geltend gemacht werden, sollen der OF-Kommission weiterhin zur Beratung vorgelegt werden.

„DER FREIHEITSKÄMPFER“ „Sprachrohr“ seit vierzig Jahren

Nach der Befreiung Österreichs vom NS-Terrorregime und bei der Wiedererrichtung der demokratischen Republik Österreich im Frühjahr 1945 meldeten sich die überlebenden politischen NS-Opfer und Heimkehrer aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen bei den drei im Parlament vertretenen Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ zur intensiven Mitarbeit am Aufbau und schlossen sich überdies zu Lagergemeinschaften und Kameradschaften der ehemals politisch Verfolgten und Widerstandskämpfer zusammen. Als Dachverband wurde der „Bund der politisch Verfolgten“ gegründet, der die gemeinsamen Interessen der NS-Opfer wahrnahm, auch

vielen durchsetzte und insbesondere an der Entstehung und Fassung des „Opferfürsorgegesetzes“ (OFG) vom 17. Juli 1945 mitwirkte, das vorerst nur für die Opfer des aktiven Kampfes, jedoch nicht für die passiven Opfer der politischen Verfolgung galt. Am 4. Juli 1947 beschloß der Nationalrat das neue „Opferfürsorgegesetz“ (OFG 1947), das auch die Opfer der Verfolgung begünstigte, wesentlich umfangreicher und ausführlicher war als das bisher geltende Gesetz und am 2. September 1947 in Kraft trat.

Die Zusammenarbeit im überparteilichen Einheitsverband „Bund der politisch Verfolgten“ wurde allmählich

durch die illoyale Haltung kommunistischer Funktionäre immer schwieriger, führte bald zur Auflösung dieser Einheitsorganisation und zur Schaffung eigener Verbände der SPÖ und ÖVP für ihre Mitglieder und Nahestehenden aus dem Personenkreis der unter dem NS-Regime politisch Verfolgten und Gefährdeten. So kam es am 16. März 1948 zur Gründung unserer „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“, dessen Proponentenkomitee viele Spitzenpolitiker angehörten, wie Ing. Leopold FIGL, Dr. Felix HURDES, Dr. Fritz BOCK, Dr. Alfons GORBACH, Dr. Hans PERNER, Ferdinand GRAF und Lois WEINBERGER.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3
um nur einige Bundespolitiker zu nennen.

Das Kuratorium als Bundesleitung wählte Dr. Fritz BOCK zum ersten Bundesobmann und beschloß ab April 1948 die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift im Großformat mit dem Titel „Der Freiheitskämpfer“, als „Sprachrohr“ zu den Mitgliedern in den Landesverbänden und auch nach außen hin. Der erste Chefredakteur war der Journalist Waldemar QUAISER, der die Zeitung mit hohem politischen Charakter gestaltete, ihm folgte für kurze Zeit Herr PAAR nach.

1950 übernahm Franz KITTEL die redaktionelle Leitung des Blattes. Das Format wurde verkleinert und der Inhalt vorrangig auf die Informationen über das Opferricht für die Mitglieder des Verbandes in der speziellen Rubrik „Rat und Hilfe“ abgestellt. Daneben erfüllte die Zeitung auch ihre politische Aufgabe, die darin bestand, alt- und neonazistische Bestrebungen im öffentlichen Leben zu bekämpfen und auch zu aktuellen Fragen in der Innenpolitik Stellung zu nehmen. „Der Freiheitskämpfer“ kam durch seine unverblühte Schreibweise öfter in Konfliktsituationen, wofür eine Reihe von Presseklagen Zeugnis ablegten.

Als Franz KITTEL am 25. Februar 1975 im 61. Lebensjahr einem Herzinfarkt erlag, übernahm der Journalist

und Publizist Professor Dr. Otto HE-ROLD die Redaktionsleitung. Er hatte sich zuerst im ÖVP-Pressedienst, dann als Redakteur im Wiener „Volksblatt“ und anschließend als Chefredakteur des ÖAAB-Organ „Freiheit“ einen Namen gemacht und führte auch unsere Zeitschrift als das Sprachrohr zu unseren Kameraden in ganz Österreich zu einem gerne gelesenen Mitteilungsblatt. Ein unerwartetes Herzversagen machte seinem arbeitsreichen Leben im Sommer 1977 ein zu abruptes Ende.

Ein Redaktionskomitee mit Hofrat Dr. Ludwig MOHR, Dr. Nora HILTI, Camillo HEGGER, Dr. Josef WINDISCH und Hanna TELTSCHER führte die Aufgaben weiter und brachte vor allem die Sendenummer im April 1978 heraus, die dem Gedenken an die Auslöschung Österreichs im März 1938 und dem Schicksal der österreichischen Patrioten bis zur Befreiung 1945 gewidmet war und auch das Wirken der „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ als Jubiläum in ihrem 30-jährigen Bestand von 1948 bis 1978 entsprechend und gebührend würdigte.

Am 2. Jänner 1979 verstarb unerwartet Professor Dr. Nora HILTI durch Herzversagen, und wir verloren eine unermüdliche Mitarbeiterin, die sich insbesondere mit Kulturthemen befaßte und auch über „Ein bißchen Öster-

reich“ mit seinen Monumentalbauten berichtete. Sie hatte auch im Wiener Gemeinderat und später im Bundesrat sehr aktiv für unsere Interessen mitgewirkt.

Nach langjährigem Leiden verstarb Hofrat Dr. Ludwig MOHR am 8. Dezember 1983 im 85. Lebensjahr. Er hatte sich als Experte im Dienstrecht für die Gemäßigten und im Opferrecht für alle Kameraden immer betätigt und nicht die geringste Rücksicht auf seine eigene angegriffene Gesundheit genommen. Wahrhaftig bis zum letzten Atemzug wirkte er auch im Redaktionskomitee mit und brachte wertvolle Beiträge und Anregungen.

Das verbliebene Redaktionskomitee mit Dr. Josef WINDISCH, Camillo HEGGER und Sekretärin Hanna TELTSCHER wurde inzwischen auch vom Zahn der Zeit etwas angenagt, konnte aber doch mit gelegentlicher Unterstützung und Lieferung von Beiträgen durch Funktionäre und Mitglieder des Verbandes die Zeitschrift wie allgemein erwartet herausbringen und auch manches Lob dafür ernten.

Der Leserkreis erweiterte sich in den letzten Jahren auch auf Nichtmitglieder, die Interesse für alle Publikationen über die politische Zeitgeschichte hatten. Die 40 Jahre des Bestandes der Zeitschrift „DER FREIHEITSKÄMPFER“ waren sicher verdienstvoll und beachtlich!

Zeitzeuge ehemaliger politischer Verfolgung im Bundesrat



Am 19. 11. 1987 wurde Kommerzialrat Alfred GERSTL zum Nachfolger des als Österreichischer Botschafter in die USA berufenen Dr. Höss als Bundesrat der Republik Österreich angelobt. Komm.-Rat Alfred Gerstl wurde am 3. 7. 1923 als drittes von vier Kindern der 1920 im israelitischen Tempel in Graz verheirateten und 1923 zum katholischen Glauben konvertierten Eltern Alfred und Maria Gerstl geboren. Dementsprechend war sein Leben domänenreich und gab ihm schon sehr früh Einblick in die ideologische Vielseitigkeit, nachdem seine Familie den Rückhalt jüdischer Gemeinschaft verloren und ihr die Integration in die christliche nicht leicht gemacht wurde. Als Spitzenportler der Turnerliga des katholischen Reichsbundes kam er 1938 in einen Raufhandel mit der HJ, was ihm drei Tage Arrest einbrachte.

Nachdem ihm 1938 die weitere musische Ausbildung ebenso untersagt

wurde, wie er auch seine Lehrstelle als Buchsenmacher verlor, arbeitete er als Hilfsarbeiter, bis 1939 durch besonderen Einsatz der Firmeninhaber der Fa. Pengg-Valenta ihm die Lehre als Werkzeugmacher ermöglicht wurde. In dieser Firma druckte er gemeinsam mit einem heute noch dort tätigen Prokuristen die ersten antifaschistischen Flugblätter in der Steiermark und verteilte diese.

1942 bis 1943 zur Deutschen Luftwaffe eingezogen, wurde er wegen sogenannter Wehrunwürdigkeit entlassen, und es waren Offiziere der Deutschen Wehrmacht, die ihm die Flucht vor dem verfügbaren Arbeitsersatz in einem Lager, in dem Arbeit frei machen sollte, ermöglichten.

Seit 1939 einer Widerstandsbewegung angehörend, betätigte er sich 1943 bis 1945 vor allem als Kurier und Verbindungsmann für den Transfer politisch Verfolgter zu den jugoslawischen Partisanen sowie als Herausge-

ber weiterer anti-nationalsozialistischer Druckschriften.

Bis Kriegsende verbrachte er seine Zeit als U-Boot.

Komm.-Rat Gerstl war Gründungsmitglied der ÖVP-Kameradschaft der ehemals politisch Verfolgten und übte derzeit die Funktion des Obmann-Stellvertreters des Landesverbandes aus.

Seiner musischen Begabung entsprechend war er nach 1945 bis 1948 Sänger, eröffnete sodann ein Lebensmittelgeschäft und ist seit 1954 Trafikant. Kommerzialrat Alfred Gerstl, Bundesgremialvorsitzer-Stellvertreter und Landesgremialvorsitzer der Steiermark der Tabakverschießer hat in seiner 30jährigen Laufbahn als Kammerfunktionär hervorragende Leistungen für den Berufsstand und darüber hinaus für die Wirtschaft im allgemeinen erbracht.

Sein Ideenreichtum, den er mit uner müdlichem Fleiß umzusetzen versuchte, brachte ihm auch die besondere Wertschätzung in seiner Zeit 1973, also nun 15jährigen Funktion als Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz.

Dort war er in zahlreichen Ausschüssen tätig, vor allem für Fremdenverkehr und wirtschaftliche Belange, aber auch für den Sport, für den er besondere Akzente setzen konnte.

Komm.-Rat Gerstl ist auch Sportfunktionär im Rahmen der österreichischen Turn- und Sportunion, gründete zahlreiche Vereine, Landes- und Bundesverbände für Karate und Bodybuilding, organisierte viele Landes- und Staatsmeisterschaften sowie eine Europa- und eine Weltmeisterschaft in Graz und setzte damit neben sportlichen Weichenstellungen auch Impulse für den Fremdenverkehr sowie die Entwicklung des Fitnesportgedankens

über privatwirtschaftlich geführte Fitneszentren.

Zahlreiche Ehrenzeichen, die Komm.-Rat Gerstl erhielt, weisen auf seine großen, breit gefächerten Leistungen hin, wie z. B. das Silberne und Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark, das Landessportehrenzeichen und das Ehrenzeichen der Stadt Graz für Verdienste um den Sport, das Union-Ehrenzeichen in Gold und Silber sowie zahlreiche internationale Ehrenzeichen, so unter anderem von den USA, Japan, Ägypten, Großbritannien etc.

Mit Komm.-Rat Gerstl zog eine Persönlichkeit von großer Vitalität und Ideenreichtum mit besonders tolerantem Charakter in den Bundesrat ein, und er ist derzeit der einzige Bundesrat mit einer Lebenserfahrung als Zeitzeuge politischer und rassistischer Verfolgung.

NS-Tarnorganisationen vor 1938

Das „Julabkommen“, zwischen Schuschnigg für Österreich und Hitler für das Deutsche Reich am 11. Juli 1938 abgeschlossen, sollte zur Entspannung zwischen beiden Staaten führen und betonte die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich, die im anderen Land bestehende innenpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage der österreichischen Nationalsozialisten, war als eine innere Angelegenheit des anderen Landes zu betrachten, auf die weder mittelbar noch unmittelbar eine Einwirkung erfolgen hätte dürfen. Ein streng vertrauliches „Gentlemen-Agreement“ dazu legte die noch erforderlichen Vorbedingungen seitens beider Regierungen fest, um die Beziehungen zwischen dem Bundesstaat Österreich und dem Deutschen Reich wieder zur normalisieren.

Den österreichischen Nationalsozialisten war weiterhin jede legale politische Tätigkeit untersagt, aber auch die illegale Betätigung mit eigenen Mitteln und Finanzen nur sehr beschränkt möglich. Sie gründeten nun Vereine, die nach den Statuten im Sinne des Julabkommens wirken wollten, von der Behörde aber als unzulässige politische Vereine außerhalb der Vaterländischen Front und als getarnte Organisation der österreichischen Nationalsozialisten erkannt und behandelt wurden. Einem „Österr. Nationalsozialistischen Volksverein“ in Graz wurde die beabsichtigte Vereinsbildung im Jahr 1937 untersagt, dessen Proponenten hierauf eine Beschwerde beim Bundesgerichtshof einbrachten, der das Verbot aufhob

und die Gründung und Tätigkeit des Vereins in Graz und Umgebung somit zuließ.

Eine weitere solche Vereinsgründung beabsichtigten namhafte Deutschnationalen als Proponenten des „Deutschsozialen Volksbundes“ in Wien, dessen tatsächliche Gründung und weitere statutenmäßig vorgesehene Betätigung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich behördlich untersagt wurde, weil für die politische Willensbildung nur die Vaterländische Front zuständig war. Über die Proponenten dieses „Volksbundes“ schrieb die Zeitung „Neues Österreich“ Nr. 91 vom 7. August 1945 sehr kritisch und vorwurfsvoll:

Spurenreiter des Nazismus. – Der „Deutsch-soziale Volksbund“ und seine Gründer. Im Jahre 1937 war die national-sozialistische Partei und die Bildung aller gleichgerichteten Organisationen in Österreich verboten. Gerade in dieser Zeit aber fielen die verwerlichsten und verwerflichsten Aktionen gegen das Österreichertum. Gerade damals organisierte sich jene nazistische Führerclique, die durch ihr Geld und durch ihren Einfluß der Bewegung den entscheidenden Auftrieb verleiht. An der Spitze standen nach Kriegsgewinnen lüsterne Industrielle, tarifmenigere Schriftsteller und Intelligenzler aller Kategorien, Hochschullehrer, hohe Beamte und Wirtschaftsfunktionäre, die sich vom Dritten Reich ein goldenes Zeitalter erwarteten. Da sie ihre Gesinnung nicht offen zur

Schau tragen durften, trieben sie ihr dunkles Handwerk teils unheimlich, teils in den verschiedensten Formen der Tarnung.

Ein solcher Tarnungsplan war die damals beabsichtigte Gründung des „Deutschsozialen Volksbundes“. Die Proponenten erklärten, daß sie nichts anderes beabsichtigten, als die Normalisierung der Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland und zu diesem Zweck eine „legale“ Vereinigung der Nationalgesinnten anstreben. Sie konnten damals ihr Ziel nicht erreichen, der Verein kam nicht zustande. Aber aus der Proponentenliste, aus der der Name Seyß-Inquart hervorleuchtet, geht hervor, daß es sich durchwegs um waschechte Nazi handelte, die sich auf diese Art aus der Illegalität herauszuwinden wollten.

Alle diese Männer sind mit einer schweren politischen Schuld beladen. Sie sind es gewesen, die durch ihren Namen, durch ihre Stellung und durch ihr Kapitalgewicht jene Anhänger schaft zu sammeln wußten, die in ihrer Gesamtheit schließlich jenen Dammbruch herbeiführte, durch den sich die braune Schlammflut über unser Land ergoß. Keiner dieser Männer kann sich als Unwissender oder als harmloses Opfer durchsichtiger Irreführung bezeichnen. Sie sind die Träger einer vollen und uneingeschränkten Verantwortlichkeit. Und darum darf wohl angenommen werden, daß keiner von ihnen, der den Wandel der Zeiten und die Geschichte überlebt hat, in unserem demokratischen Österreich noch

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5
eine führende Stellung beanspruchen darf.

Diesem Zeitungsartikel ist ein Auszug aus der Proponentenliste in alphabetischer Reihenfolge angeschlossen. Der Forderung nach radikaler Entnazifizierung dieser Proponenten aus führenden Stellungen wurde nicht voll entsprochen. Einige Namen wurden als Mitglieder und Sympathisanten des späten NS-Widerstandes in Österreich genannt. Diese Persönlichkeiten dürften im Laufe des Krieges sich ehrlich

bekehrt haben oder auch nur weise vorgesorgt haben. Die Nachkommen gleichen Namens einiger dieser Proponenten wurden auch bis heute als antifaschistische Autoren und Referenten zu geehrt und geschätzten Persönlichkeiten. Der gesellschaftliche Stand der Meinungsbildner ist auch heute noch fast der gleiche wie 1937 und soll nicht wieder so verwerfliche Vorbilder und „Spurenreiter“ stellen! Die Geschichte ist sicher lehrreich, wenn man sie gründlich kennt.

-JW-

Eroberungspläne Hitlers

Am 5. Februar 1938 hatte der Führer und Reichskanzler des Deutschen Reiches, Adolf Hitler, den bisherigen Oberbefehlshaber des Heeres Blomberg durch Brauchitsch ersetzt, dann noch zahlreiche andere Veränderungen im Führungsstab der Deutschen Wehrmacht vorgenommen und schließlich selbst den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht übernommen. Alle militärischen Führungskräfte, die sich Hitlers Eroberungsplänen widersetzt hätten, waren dadurch ausgeschaltet, und Entscheidungen von großer Bedeutung und Tragweite standen bevor.

In einer Geheimrede auf der Ordensburg Sonthofen am 23. November 1937 (siehe Schausberger, Griff nach Österreich, Seite 482) hatte Hitler bereits die Anwendung militärischer Gewalt gegenüber Österreich unverzüglich zugegeben, im sogenannten „Hörsbach-Protokoll“ hatte Hitler den Militär seine neuen außenpolitischen Pläne erklärt, und im OKW lagen im Dezember 1937 mehrere Weisungen für den Fall eines militärischen Einmarsches in Österreich vor, mit deutlicher Frontbildung gegen die Tschechoslowakei und deren keilartig nach Westen ragende geographische Lage.

Mussolini hatte Hitlers Unterstützung im Abessinienfeldzug gebraucht und deshalb Italiens Schutzmachtstellung für Österreichs Unabhängigkeit trotz der Römerprotokolle still und leise aufgegeben. In Frankreich gab es innenpolitische Krisen, und Englands Haltung war nachgiebig gegenüber Hitlers Plänen in Mitteleuropa. Über Österreichs Schicksal – damals der zweite deutsche Staat, ohne unterdrückte deutsche Minderheit – entschied nun Hitler zwischen dem 9. und 11. März 1938. Die illegalen Nationalsozialisten in Österreich – eine Minderheit – erhielten volle Handlungsfreiheit eingeräumt, in einer deutschen Demarche wurde die Absetzung der von Bundeskanzler Dr. Schuschnigg für den 13. März 1938 angesetzten Volksabstimmung in Österreich gefordert und

noch die Einsetzung einer NS-nahen Regierung verlangt.

Hitlers Einmarschbefehl für die 8. Armee nach Österreich erging am 11. März 1938 um 12 Uhr, unter der Aktenzahl OKW L. Nr. 420/38, bezeichnet als „Unternehmen Otto“. Österreichs Bundeskanzler Dr. Schuschnigg wich der Gewalt, „weil wir um keinen Preis, auch in erster Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind“. Erst nach der Okkupation am 13. März 1938 folgte die „Anschlußerklärung“ des Kabinetts Seyß-Inquart, der „Anschluß“ wurde richtig als „Annexion“ betrachtet, und Österreich ging schrittweise im Dritten Reich unter. Die Fiktion von der bloßen Einigung des deutschen Volkes in einem Großdeutschland wurde spätestens im März 1939 beim Einmarsch in die Rump-Tschechoslowakei und mit der Errichtung des „Protektorates Böhmen und Mähren“ sowie des Schutzstaates Slowakei widerlegt. Dem Rüstungspotential und wirtschaftlicher Verbesserung dienten diese Expan-

sionspläne! Der „Drang nach Osten“ ließ die Großraumpolitik und die Gewinn eines erweiterten Lebensraums als Kriegsziele erkennen; dies inkludiert selbstverständlich die Unterwerfung der osteuropäischen Staaten. Großdeutschland als Weltmacht konnte nur entstehen und nur dann als gesichert angesehen werden, wenn es den neuen Lebensraum seines Volkes militärisch und politisch beherrschte. So stand es auch schon lang vorher im vorletzten Kapitel von „Mein Kampf“! Die angebliche Friedensbereitschaft Hitlers, die Übereinstimmung von Volk, Wehrmacht und NSDAP, die „Freiwilligkeit“ des Anschlusses von Österreich und die gesamte Ostpolitik erscheinen heute in einem anderen Licht als von der Propaganda des Dritten Reiches dargestellt und von den NS-Führungsoffizieren und NS-Führungsgehilfen vorgetragen. Damit sollen sich aber besonders objektive Wissenschaftler exklusiv befassen, auch wenn sie nicht alle Unklarheiten noch beseitigen können. Die vielen Millionen Opfer und die tragischen Folgen dieser Politik Hitlers sind uns hinreichend bekannt und die Aufklärung darüber soll uns vor Wiederholungen mahnen und bewahren!

-JW-

Ablauf des „Anschlusses“

Freitag, 11. März 1938:

Hitler verlangt die Absetzung der von Schuschnigg für den 13. März 1938 ausgeschrieben Volksabstimmung über die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs und den Rücktritt der Regierung Schuschnigg mit Einmarschdrohung.

Hitler erteilt „Weisung Nr. 1“ für den militärischen Einmarsch in Österreich unter dem Decknamen „Unternehmen Otto“. Deutsche Truppen werden an der österreichischen Grenze konzentriert.

Rücktritt des Kabinetts Schuschnigg IV wird in den Abendstunden um 19.47 Uhr im Radio verkündet. Bundespräsident Miklas akzeptiert den Rücktritt, genehmigt aber erst nach längerem Zögern gegen Mitternacht die vom bisherigen Innenminister Seyß-Inquart gebildete Bundesregierung aus Nationalsozialisten und Sympathisanten.

Samstag, 12. März 1938:
Hitler befiehlt Einmarsch in Österreich ab 12 Uhr, der aber schon wegen angeblicher „blutiger Kommunistenunruhen in ganz Österreich“ gemäß Hitlers „Weisung Nr. 2“ um 5.30 Uhr beginnt. Reichsführer-SS Himmler landet mit Stab vor Tagesanbruch auf dem Flug-



platz Wien-Aspern und intensiviert die Festnahmen der potentiellen Gegner der Nationalsozialisten, vorwiegend aus VF-Funktionären und Juden bereits registriert gewesen.

Hitler selbst trifft in einem Konvoi um 16 Uhr in seiner Geburtsstadt Braunau am Inn ein und erreicht gegen 19 Uhr Linz.

Samstag, 13. März 1938:

Hitler läßt von der Regierung Seyß-Inquart das Bundesverfassungsgesetz „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ beschließen und trotz Ablehnung der Unterschrift durch Bundespräsident Miklas verlaublichen. Miklas wird zum Rücktritt gezwungen.

Hitler verfügt, daß das österreichische Bundesheer als Bestandteil der Deutschen Wehrmacht unter seinen Oberbefehl kommt und den „Führereid“ ablegt.

Montag, 14. März 1938:

Hitler setzt Triumphfahrt durch Österreich in Richtung Wien fort. NS-Machtübernahme erfolgt in ganz Österreich mit Unterstützung der deutschen Polizeikräfte. Der militärische Einmarsch wird zügig fortgesetzt und stößt auf keinen Widerstand.

Wien verliert Stellung als Hauptstadt und Bürgermeister Neubacher wird von Seyß-Inquart bestell.

Dienstag, 15. März 1938:

Hitler mit Konvoi trifft in Wien ein und erstattet vom Balkon der Neuen Hofburg den jubelnden Menschenmassen die „größte Vollzugsmeldung meines Lebens“ ... „den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich“, in dem von Seyß-Inquart erlassenen „Anschlußgesetz“ ist eine Volksabstimmung für den 10. April 1938 angesetzt worden, für die eine pompöse Propagandakampagne einsetzt. Der Text des Stimmzettels läßt nur eine Ja-Nein-Erklärung über den bereits vollzogenen „Anschluß“ Österreichs zu.

Schlußbemerkung:

Die Folgen dieses so friedlich nach außen verlaufenden „Anschlusses“, begleitet von einem teilweise bestellten Jubel und von einigen Loyalitätserklärungen prominenter Persönlichkeiten, haben vor allem die NS-Opfer in Österreich von 1938 bis 1945 und auch die Kriegsopfer zu spüren bekommen, denen 50 Jahre später bei den vielen Veranstaltungen auch ein besonderes Gedenken gewidmet sein muß!

~JW~

NS-Opfer Karl KRUMPL

Im Abwehrkampf Österreichs gegen den Nationalsozialismus vor 1938 war der Kärntner Karl KRUMPL hochaktiv, wurde hierfür nach der NS-Machtübernahme und Annexion eingekerkert, übernahm jedoch ungebeugt nach der bedingten Haftentlassung eine leitende Funktion in der legendären „Österreichischen Freiheitsbewegung“ (AFOe) und fiel dann dem Henker des NS-Regimes noch im März 1945 zum Opfer. Der Gestapo-Bericht vom 30. Oktober 1943 an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes einzusehen, enthält folgenden ausführlichen Lebenslauf des Karl KRUMPL, der auszuweise lautet:

„Karl Krumpl wurde als ehelicher Sohn des Bundesbahnbeamten Stefan Krumpl und der Gabriele geborene Glatzer am 27. 9. 1909 in St. Veit an der Glan geboren, besuchte dortselbst die Pflichtschule und absolvierte anschließend 3 Klassen Gymnasium in Klagenfurt. Im Jahre 1924 trat er aus dieser Schule aus und erlernte bis 1928 in der Buchdruckerei „Carinthia“ in Klagenfurt das Schriftsetzerhandwerk. Dieses übte er dann in demselben Betrieb bis 1934 aus. Am 18. 7. 1932 verheiratete sich Krumpl mit seiner jetzigen Ehefrau Paula geborene Gortschnig ...

In politischer Hinsicht zählt KRUMPL schon immer zu den gehässigsten Gegnern des Nationalsozialismus. Dem legitim in jungen Jahren trat er dem legalistisch orientierten „Dr.-Karl-Lueger-Bund“ bei, innerhalb welchem er bald die Stelle eines örtlichen Organisationsleiters bekleidete. Als die „Österreichischen Stummscharen“ (OSS) gegründet wurden, schloß er sich dieser Vereinigung an und wurde kurz darauf von der Leitung derselben als Landesgeschäftsführer für Kärnten eingesetzt. Nach der Auflösung der „OSS“ wurde er in die Leitung der VF des Landes Kärnten berufen, wo selbst er dann bis zum Umbruch als Sekretär tätig war.

KRUMPL war ferner Mitglied des Kärntner Landtags und Angehöriger der Verwaltungskommission der Arbeiterkammer in Kärnten. Noch kurz vor dem Umbruch stellte er Terrorgruppen auf, die sich aus besonders verlässlichen Systemanhängern rekrutierten und die auch die Aufgabe hatten, mit brutalen Mitteln gegen die Anhänger der nationalen Bewegung vorzugehen ...

Nach dem Umbruch wurde KRUMPL in Schutzhaft genommen und wegen leichter Körperverletzung und öffentlicher Gewalttätigkeit dem Landesge-

richt Klagenfurt zur Anzeige gebracht. Von diesem Gericht wurde er noch im selben Jahr zu vier Jahren Kerker verurteilt. Am 12. 7. 1941 wurde er mit einem Strafrest von einem Jahr bedingt aus der Strafanstalt entlassen. Bald darauf fand er eine Anstellung bei der Firma Hans Lehnardt und Co. in Bruck an der Mur, wo er dann bis zu seiner im September 1942 erfolgten Einberufung zur Wehrdienstleistung tätig war. Am 18. März 1943 wurde Karl KRUMPL im Einvernehmen mit der Art XVII wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen und in das Wehrmachtsgefängnis Wien 10, Hardtmuthgasse, eingeliefert.

Bald nach der Haftentlassung am 12. 7. 1941 nahm KRUMPL in Bruck a. d. Mur Kontakt mit ehemaligen Marxisten und Nazisiegern auf und traf sich auch in Wien mit Dr. Karl WANNER, der mit Monarchisten und ehemaligen Heimatschützern im Untergrund in der sogenannten „Lambert-Runde“ konspirativ tätig war. Anfang 1942 verbündete sich KRUMPL in Klagenfurt mit dem Geistlichen Dr. Anton GRANIG und dessen Widerstandsgruppen. Als tüchtiger und unermüdlicher Kurier des GRANIG zwischen diesen Gruppen wirkte Eduard PUMPERNIG, ein Unteroffizier der Luftwaffe in Klagenfurt.

KRUMPL gelang es auch, den Bischof von Klagenfurt, Dr. Andreas ROHRACHER, späterer Erzbischof von Salzburg, zur wiederholten finanziellen Unterstützung der AFOe zu bewegen. Die Gestapo hielt ihm noch als besonders staatsgefährlich die Verbindung zum Widerstand von slowenischen Akademikern vor.

Karl KRUMPL wurde vom 9. bis 11. August 1944 in Wien vom 5. Senat des Volksgerichtshofes wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung mit den Mitangeklagten Eduard PUMPERNIG, Dr. Anton GRANIG, Wenzel PRIMOSCH, Franz STOPPACHER, Ernst ORTNER, Doktor Eduard STEINWENDER, DDr. Wilhelm PIELLER, Franz BERNTHALER, Georg KOFLER, Dr. Ferdinand FRODL, Sophie JÖRGL und Pater Karl STAUDACHER der Prozeß gemacht. Karl KRUMPL und fünf Mitangeklagte wurden zum Tode verurteilt, noch am letzten Hinrichtungsamten im Wiener Landesgericht am 22. März 1945 wurde Karl KRUMPL enthauptet. Sein Beitrag im Kampf um Österreichs Freiheit gegen den Nationalsozialismus war bedeutend, und er erwies sich als ungebeugter österreichischer Patriot, der Freiheit und Leben einsetzte und opferte. Seines Opfertodes wollen wir nicht nur in Gedenkjahren gedenken!

~JW~

Widerstandsgruppe Landgraf

Vier Schüler der 8. Klasse des Gymnasiums im 3. Wiener Bezirk hörten im Jahre 1941 ausländische, vorwiegend englische Rundfunksendungen ab und verbreiteten deren Wortlaut auf handlich hergestellten Flugblättern. Die Gestapo konnte die Gruppe aufsuchen und zur Jahreswende 1941/42 verhaften. Die Anklage wurde beim Volksgerichtshof eingereicht, der am 28. August 1942 in Wien die Hauptverhandlung durchführte und folgendes Urteil VGH 8 J 521/41 q – 2 H 98/42 fällte:

Im Namen des Deutschen Volkes!
in der Strafsache gegen

1. den Schüler Josef Landgraf aus Wien, geboren am 29. Juli 1924 in Wien,

2. den Schüler Ludwig Igalfy aus Wien, geboren am 25. November 1924 in Wien,

3. den Schüler Friedrich Fexer aus Wien, geboren am 22. Jänner 1924 in Wien,

4. den Schüler Anton Brunner aus Wien, geboren am 29. Mai 1923 in Wien,

sämtlich zur Zeit in dieser Sache in gerichtlicher Untersuchungshaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat u. a. hat der Volksgerichtshof, 2. Senat, auf Grund der Hauptverhandlung vom 28. August 1942, an welcher teilgenommen haben als Richter:

Volksgerichtsrat Hartmann, Vorsitzender,
Landgerichtsdirektor Dr. Lorenz,
SS-Oberführer Tschamann,
SS-Oberführer Gaugerichtsvorsitzender Hartmann,
NSKK-Obergruppenführer Seydel,
als Vertreter des Obereichsenrats:
Erster Staatsanwalt Weissbrod,
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle:
Obersekretär Schmidt,
für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen landesverräterischer Begünstigung des Feindes in Verbindung mit Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, und zwar: Die Angeklagten Landgraf und Brunner zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit,

der Angeklagte Igalfy zu acht Jahren Gefängnis,
der Angeklagte Fexer zu sechs Jahren Gefängnis.

Auf die gegen die Angeklagten Igalfy und Fexer erkannten Freiheitsstrafen werden je sieben Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. Die

zur Tat verwandte Schreibmaschine – Wert: 75.– RM, das sichergestellte Rundfunkgerät Marke „Eumig“ Type 5033 – Wert: 50.– RM, sowie der sichergestellte Gummitypensatzkasten – Wert: 1.– RM, werden eingezogen. Die Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.
Von Rechts wegen.
(Unterschriften)
Dieses Urteil des Volksgerichtshofes

gegen vier Jugendliche, die mit einem Gummitypensatzkasten Flugblätter herstellten und sicher in spärlicher Zahl verteilten, zeigt die Grausamkeit der NS-Justiz auf. Das Risiko des Verlustes des Lebens und der Freiheit zumindest hat dennoch viele junge Österreicher nicht vom Widerstand gegen das NS-Regime abhalten können!

–JW–

Anrathner Kreis

Weihnachtsfeier 1987

Die diesjährige Weihnachtsfeier des „Anrathner Kreises“ wurde am Samstag, dem 19. Dezember 1987, um 19 Uhr, wieder im Defreggerstüberl des Restaurants Betzenhaus, in Wien 1, Dr.-Karl-Lueger-Ring 12, abgehalten. Dr. Norbert KASTELIC begrüßte die Teilnehmer und verlas Grußbotschaften von verhinderten Kameradinnen und Kameraden. Ein besonderes Gedenken galt dem am 9. Dezember 1987 verstorbenen Kameraden General i. R. Hubert WINGELBAUER, dessen Einsegnung und Bestattung mit militärischen Ehren in würdiger Form am 17. Dezember 1987 um 10.30 Uhr in Wien auf dem Hernalser Friedhof im Familiengrab erfolgt war.

Es wurde dann die vorhandene Literatur betreffend die „Österreichische Freiheitsbewegung“ – Gruppen KASTELIC, LEDERER und SCHOLZ – eingehend besprochen und Aktivitäten des „Anrathner Kreises“ im Gedenkjahr 1988 und für die Zukunft wurden

angeregt. Der früh begonnene Widerstand gegen das NS-Regime in Österreich durch die Angehörigen dieser Gruppen und deren Opfer unter dem NS-Terrorregime müßten sie als bedeutende Beiträge des österreichischen Freiheitskampfes entsprechend und gebührende Würdigung erhalten. Viele Zeitzeugen aus diesem Kreis würden aus dem eigenen leidvollen Erleben in langjähriger Haft sehr geeignete Referenten und Diskussionspartner für Veranstaltungen im Rahmen der politischen Bildung für die späteren Generationen sein!

Den Abschluß des offiziellen Teils bildete die eigentliche Weihnachtsfeier. Beim hell erleuchteten Christbaum verlas Dr. Norbert KASTELIC das Weihnachtsevangelium. Alle Teilnehmer sangen dann gemeinsam drei Strophen „Stille Nacht, heilige Nacht“. Angeregte Gespräche und Austausch von Erinnerungen folgten noch nachwirkend.

–JW–

Ordentlicher Delegiertentag Innsbruck

Der Bund der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol hielt am 14. November seinen ordentlichen, überaus gut besuchten Delegiertentag ab. Nach dem Gedenken an die verstorbenen Mitglieder brachte Präsident Heinz Mayer einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Verbandes, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen sowie über alle die Opfer betreffenden Bestimmungen in Bundes- und Landesgesetzgebung. Das kommende Jahr wird eine Reihe von Veranstaltungen bringen, wir gedenken des 50. Jahrestages der Besetzung Österreichs durch die Truppen des Hitler-Reiches sowie des 50. Jahrestages der sogenannten Kristallnacht, die als Beginn der Juden-

vernichtung bezeichnet werden kann. Wie Österreich dieser Ereignisse gedenken wird, wird ein Zeichen dafür sein, wie die schreckliche Vergangenheit aufgearbeitet wurde und wie man den zunehmenden neonazistischen und antisemitischen Tendenzen entgegentritt. Besonderes Augenmerk muß man dem Zeitgeschichtemuseum in den Schulen unter Beiziehung von Zeitzeugen zuwenden.

Bei der Neuwahl des Präsidiums wurde Heinz Mayer, der bereits 40 Jahre an der Spitze des Verbandes steht, einstimmig zum Präsidenten gewählt. Hofrat Dr. Hubert Mascher wurde ebenfalls einstimmig als Vizepräsident bestätigt. Weiters gehören dem Präsidium an: Komm.-Rat Heinrich Auer,

Univ.-Prof. Dr. Eduard Grünwald, Ferdinand Haderer, Hofrat Dr. Rudolf Kirsch, Robert Kempe, Johann Planetscher, Reg.-Rat Paul Reitzer, Maria Riccabona, Kurt Somml, Edwin Tangl und Jakob Windhager. Kassapriifer: Rudolf Leitner und Johann Reier. Es ist sicher ein gutes Zeichen, daß alle bisherigen Funktionäre wiedergewählt und nur die verstorbenen Präsidiums-

mitglieder ersetzt wurden. Der Präsidium versprach namens des Präsidiums die Interessen der Opfer bestmöglich zu vertreten und entsprechend mit den Bruderorganisationen zusammenzuarbeiten. Es müsse alles getan werden, das Ansehen unseres Vaterlandes Österreich wieder zu heben und das Vaterland über alle anderen Interessen zu stellen.

General i. R. Hubert WINGELBAUER †

Unser Kamerad General i. R. Hubert WINGELBAUER verstarb nach langem Leiden am 9. Dezember 1987 im 73. Lebensjahr. Sein Begräbnis mit militärischen Ehren im Familiengrab in Wien-Hernals fand am Donnerstag, dem 17. Dezember 1987, um 10.30 Uhr statt. Unter den Trauergästen befanden sich viele Militärs, zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, einige Militärattachés ausländischer diplomatischer Vertretungen sowie Kameraden der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und des Anrathers Kreises der „Österreichischen Freiheitsbewegung – Gruppen KASTELK, LEDERER und SCHOLZ“. Den Kondukt stellte die Garde, ein Musikzug wirkte mit.

In den Gedenkreiden bei der Einsegnung würdigten Sektionschef Dr. SELLER und Generaltruppeninspektor TAUSCHITZ die idealistische Berufsauffassung des Verstorbenen, seine treue Ergebenheit gegenüber seiner Heimat Österreich, für die er sein Leben einsetzte und schwere Verfolgung erlitt, und von seiner großen Liebe und Güte für alle, die ihm nahe standen. Sein Schicksal war reich an guten und auch schweren Tagen.

Aus den eigenen Angaben unseres Kameraden WINGELBAUER und nach den im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (ÖW) aufliegenden Gestapodokumenten und Publikationen kann sein Lebenslauf aufgezeigt werden: Als Sohn eines Mittelschulprofessors wurde Hubert WINGELBAUER am 25. März 1915 in Wien geboren, besuchte hier die Volksschule und das Realgymnasium und legte die Matura ab. Sein Traumberuf war eigentlich Arzt, doch entschloß er sich nach Beispielen von Freunden zum Militärberuf. Er trat am 6. 11. 1933 als gewöhnlicher Soldat seinen Dienst beim Infanterieregiment Nr. 2 in der Wiener Radetzkykaserne an und erhielt pro Tag 50 g als Sold. Küchen- und Flurdienst waren für ihn völlig fremde Tätigkeiten, aber erlernbar. Im September 1934 legte er die Aufnahmeprüfung für die Militärakademie positiv ab, als einer von 950 Bewerbern für 150 Plätze. Vom September 1934 bis

zum März 1937 absolvierte er die Akademie und wurde als Leutnant zur „Schnellen Division“ im Standort Neusiedl am See ausgemustert. Die Übernahme des Leutnants im Rahmen seiner Einheit in die Deutsche Wehrmacht erfolgte automatisch und nach Vereidigung mittels Formulars. Am 20. April 1939 wurde WINGELBAUER noch zum Oberleutnant befördert. Doch kurz darauf wurde er wegen der längst den militärischen Vorgesetzten bekannten nichtarischen Vorfahren mütterlicherseits aus der Wehrmacht ausgeschlossen, unter Zuerkennung von Übergangsgebühren in der Höhe von RM 237,- monatlich und versuchte das Hochschulstudium. Im Schlußbericht der Gestapo Wien (DOW 3043 c) über die „österreichische Freiheitsbewegung“ – Gruppe Dr. LEDERER – steht (auszugswiesig): „WINGELBAUER hat in der Systemzeit der V. F. als Mitglied angehört, ist aber sonst politisch nicht aktiv hervorgetreten. Der nat.-soz. Bewegung steht er ablehnend gegenüber. Er ist gerichtlich unbescholten.“

Hubert WINGELBAUER ist im Jänner 1940 durch den ihm bekannten Richard FAERBER (117) von dem Bestande der „Ö. F.“ und deren hochverrätischen Zielsetzung unterrichtet und dem Führer der Offiziersgruppe der „Ö. F.“ Karl SERSCHEN (115) zur näheren Information und Vereidigung zugeführt worden. In gleicher Weise wurde die WINGELBAUER auch von Dr. LEDERER unterrichtet, den er in der Wohnung des SERSCHEN kennengelernt hatte. Durch Dr. LEDERER ist WINGELBAUER auch zum Unterführer in der Gruppe „3 C“ bestellt worden. Er hat ferner auch an den Besprechungen der Mitglieder der Offiziersgruppe der „Ö. F.“ in der Wohnung des SERSCHEN teilgenommen, bei welchen die Planung der Aufstellung von militanten „Stoßtrupps“ im Rahmen der „Ö. F.“ behandelt wurde. Außerdem ist er überwiesen, einmal einen Mitgliedsbeitrag in der Höhe von RM 3,- bis 4,- an SERSCHEN bezahlt zu haben. Darüber hinaus ist er noch dringend verächtlich, die hochverrätischen Bestrebungen der „Ö. F.“ durch Werbung

weiterer Mitglieder unterstützt zu haben. Bei der Hausdurchsuchung wurde ein Exemplar des Flugblattes „Was nicht im V. B. steht“ gefunden, das WINGELBAUER im Mai 1940 von Dr. LEDERER erhalten hat.“

WINGELBAUER war vom 7. September 1940 bis zum 1. April 1943 in politischer Haft bei der Polizei und in mehreren gerichtlichen Haftanstalten, die längste Zeit davon wie die anderen Männer der „Ö. F.“ im Zuchthaus Anrath bei Krefeld im Ruhrgebiet. Auf freiem Fuß arbeitete er im Baugewerbe. Vom 15. Februar 1945 bis zum 1. April 1945 verhängte die Gestapo wieder Lagerhaft über WINGELBAUER mit Arbeitseinsätzen am sogenannten Ostwall, von wo er flüchten und untertauchen konnte.

Nach der Befreiung im wiedererstandenen Österreich trat WINGELBAUER den Dienst in der Bundesverwaltung und bei der Bundesgendarmarie an, bis mit dem Staatsvertrag 1955 wieder ein österreichisches Bundesheer aufgestellt werden konnte. Als Militärattaché im Ausland und bei der Truppe im Inland diente er zuletzt als Generaltruppeninspektor bis zur Pensionierung. Für seine Verdienste wurden General WINGELBAUER viele inländische und ausländische Ehrenzeichen und Orden verliehen, als Freiheitskämpfer trug er bei unseren Veranstaltungen vor allem das „Befreiungs-Ehrenzeichen“. Mit seiner Witwe und seinen Nachkommen trauern auch wir um ihn und werden an Hubert WINGELBAUER stets ehrend gedenken!

- Dr. Josef WINDSCH -

Landesverband Niederösterreich

Nachruf Mag. Karl LAGER

Am 27. Dezember 1987 verstarb unser Kamerad Ministerialrat i. R. Oberstleutnant der Reserve Magister phil. Karl LAGER im 68. Lebensjahr. Die Begräbnisfeierlichkeiten und die Totenmesse fanden am Donnerstag, dem 7. Jänner 1988, um 10 Uhr auf dem Wiener Zentralfriedhof in der Dr.-Karl-Lueger-Kirche und am Familiengrab statt. Vom Bundesheer nahmen zahlreiche Offiziere und eine Ehrenformation Abschied, die katholischen Studentenkorporationen stellten einen Fahnenträger und viele Chargierte. Die Totenmesse las Militärbischof Dr. Alfred KOSTELECKÝ mit geistlicher Assistent, die Einsegnung nahm der ÖCV-Seelsorger Dr. KALLINGER vor.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9
Kamerad Karl LAGER wurde am 17. August 1920 in Wien geboren, er war schon als Mittelschüler in katholischen und auch väterländischen Institutionen tätig und nach der NS-Machtübernahme im Untergrund weiterhin aktiv. Er legte 1939 die Matura ab. Im Herbst dieses Jahres nahm ihn die Gestapo wegen seiner illegalen Tätigkeit in Haft, die 14 Wochen dauerte, zusätzlich wurde ihm die Matura aberkannt.

LAGER leistete dann Militär- und Frontdienst in der Deutschen Wehrmacht und wurde trotz seiner politischen Vergangenheit und Haft Offizier. Zum Kriegsende kam er noch in amerikanische Kriegsgefangenschaft und konnte erst im Herbst 1945 heimkehren. Er absolvierte hierauf von 1945 bis 1950 sein Lehramtsstudium an der

Universität Wien und wurde Mittelschullehrer. Im ÖCV (Noric) war er nach 1945 an der Aufbauarbeit mittätig und ab 1948 durch mehr als 30 Jahre ÖCV-Generalsekretär. Im Jahre 1965 wechselte Mag. LAGER vom Lehrberuf in den Ministerialdienst und wurde bald Abteilungsleiter, die geistige Landesverteidigung auf- und ausbauend. Im Österreichischen Kameradschaftsbund war er zuletzt als Präsident des Landesverbandes Wien führend und seine konzipierte Art sehr geschätzt.

Zahlreiche kirchliche und staatliche Auszeichnungen wurden Kam. LAGER in Anerkennung seiner Verdienste verliehen, eine besondere Ehrung bedeutete ihm das Befreiungs-Ehrenzeichen. Mit seiner Witwe und seinen Kindern trauern wir um ihn und werden seiner immer gedenken!

gab den Schlußsegen und leitete die Zeremonie beim Grab.

Josef Lentsch wurde am 24. Februar 1909 in Oggau geboren. Der Bauernsohn absolvierte die Bürgerschule Rust und die Lehrerbildungsanstalt der Schulbrüder in Wien-Strebersdorf, wo er 1928 mit Auszeichnung maturierte. Er wirkte als Lehrer in Tachien und Markt St. Martin und als Oberlehrer in Klostermarientberg. 1937 legte er die Lehramtsprüfung für Hauptschulen aus Deutsch, Geographie und Geschichte ab.

Wegen seiner ambitionierten Tätigkeit in der väterländischen Front wurde er 1938 von den NS-Behörden als Lehrer entlassen und später in den Ruhestand versetzt. Der ausgezeichnete Schulmann fand hernach in der Apostolischen Administratur Burgenland Verwendung.

1945 nahm Lentsch die in der NS-Zeit unterbrochene politische Tätigkeit wieder auf. Als Landesparteiexekutiv der Österreichischen Volkspartei unter Landeshauptmann Dr. Lorenz Karall war er maßgeblich am Wiederaufbau seines Heimatlandes beteiligt. Aus den ersten Landtagswahlen ging er als Abgeordneter hervor. Bald erfolgte seine Ernennung zum Schulspektor des Bezirks Neusiedl am See. Von 1949 bis 1953 leitete er als Regierungsrat das Schullehreramt, dann war er 1. Präsident des Landtages. 1956 zog er wieder in die Landesregierung ein und wurde 1961 als Nachfolger von Johann Wagner Landeshauptmann. 1964 mußte er wegen einer schweren Erkrankung sein erfolgreiches politisches Wirken beenden.

Landeshauptmann Lentsch widmete sich seit seines Lebens neben Familie, Beruf und Politik auch mit großer Hingabe kulturellen Aufgaben. Er arbeitete führend im Reichsbund, Roten Kreuz, Katholischen Lehrerverein und Volksbildungswerk mit. Die zahlreichen Vorträge des blenden Redners fanden bei den Zuhörern begeisterte Aufnahme. Vereine, Land, Bund und Kirche dankten durch Ehrenmitgliedschaften und hohe Auszeichnungen.

Besonders hervorzuheben sind seine unzähligen Artikel in Fachzeitschriften, sein biographisches Buch „Die Orgel weint“ und seine handgeschriebene, in Leder gebundene Sammlung mit mehr als 4000 Marienliedern in 36 Bänden. 1984 wurde Josef Lentsch mit dem Titel Professor und 1986 mit dem Kulturpreis des Landes Burgenland ausgezeichnet.

Um diesen bedeutungsvollen Menschen trauern seine Witwe, die Familien der vier Kinder und seine Burgenländer...

- OSR Anton SATTLER -

Landesverband Burgenland

Frau Maria Wanitschek zum Gedenken

Am 21. Dezember 1987 starb in der Passionsspielgemeinde St. Margarethen im 92. Lebensjahr Frau Maria Wanitschek. Witwe nach einem aus politischen Gründen in der NS-Zeit gemäßregelten Gendarmenbeamten und Mutter des verdienstvollen Lehrers Oberstudienrat Prof. Karl Wanitschek.

Zahlreiche Freunde der Familie gaben der Verstorbenen am 23. Dezember das letzte Geleit. Die feierliche Einsegnung nahm Diözesanbischof DDr. Stefan László unter Assistenz von vier Priestern vor. In seinem Nachruf würdigte der Bischof das beispielhafte Wirken der toten Mutter in Familie und Pfarre. Der Kirchenchor unter Leitung des ehemaligen Christusdarstellers Franz Unger und die örtliche Musikkapelle gaben der Begräbnisfeier einen würdigen Rahmen. Auch der Obmann der Kameradschaft politisch Verfolgter geleitete sein ältestes Mitglied zum Grab. Ruhe in Frieden!

Landesverband Burgenland

Landeshauptmann a. D. Josef Lentsch zum Gedenken

Infolge einer schweren Erkrankung ist Altlandeshauptmann Prof. Josef Lentsch am 27. Jänner 1988 in Eisenstadt gestorben. Eine unübersehbare Menschenmenge gab ihm am 30. Jänner im Friedhof Kleinhöflein das letzte Geleit.

Unter den Trauergästen waren die Mitglieder der Landesregierung und des Landtages, der Diözesanbischof und viele Priester, Bürgermeister und Stadträte der Landeshauptstadt, Vertreter der Behörden, der Exekutive, des CV und MKV, der politischen Opfer der NS-Zeit...

Zu Beginn der Trauermesse verlas Ortspfarrer Msgr. Walner das Vermächtnis des Verstorbenen: Eine einfache Parte ohne Titel, ein einfaches Begräbnis im Kleinhöflein Friedhof, ein Grab mit dem Blick zur Geburtsge-

meinde Oggau, keine Ansprachen, keine Kränze, beim Requiem die Marienmesse seines Sohnes Wolfgang, am Grab das Marienlied „Alle Tage sing und sage“...

Die Messe wurde musikalisch ergreifend vom Singkreis Eisenstadt mit seinem Solisten Rudolf Karl Neumayr (Leitung Prof. Josef Bauer) und vom Kleinhöflein Kirchenchor (den bis zu seiner Erkrankung Landeshauptmann Lentsch geleitet hat) gestaltet.

Msgr. Walner nahm in seiner tiefempfundenen Predigt Stellung zu Gedanken des Verstorbenen, die dieser in seinem Buch „Die Orgel weint“ ausgesprochen hat. Die Zwiesprache endete mit dem Ausdruck der Gewißheit, daß Prof. Lentsch jetzt am Ziel, im Vaterhaus Gottes, ist... Diözesanbischof DDr. Stefan László

Landesverband Wien

Jour fixe

Am Donnerstag, dem 26. November 1987, trafen einander nachmittags auf Einladung des Landesverbandes Wien ca. 50 Kameraden und Kameradinnen im Restaurant Alter Rathauskeller in Wien 1, Wipplingerstraße 8, zu einem gemütlichen Beisammensein bei einer kleinen Jause. Die Veranstaltung fand lebhaften Anklang, so daß geplant ist, dieses Treffen als eine Art Jour fixe weiterzuführen, in der Art, daß drei bis vier Treffen im Jahr, jeweils an einem anderen Tag, stattfinden werden.

Das nächste Treffen wird voraussichtlich an einem Mittwoch Mitte Februar 1988 sein. Gesonderte Einladungen werden noch ergehen.

DÖW-Publikationen

„Anschluß“ 1938 – Dokumentation, Format 16,5x23,5 cm, ca. 400 Seiten, Ladenpreis: Leinen ca. S 340,-, kartoniert ca. S 240,-, Österreichischer Bundesverlag, März 1988.

Vorgeschichte, Verlauf und Folgen der Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland und Österreich vor der Annexion sowie die Aktivitäten anseßfreundlicher Kräfte in Österreich selbst werden dokumentiert, wobei das Schwergewicht auf der unmittelbaren Vorgeschichte des deutschen Einmarsches liegt. Der genaue Ablauf der Ereignisse zwischen dem 11. und 15. März 1938 wird anhand von Originaldokumenten und Erinnerungsberichten nachgezeichnet. Die bekannten Stellungnahmen zur „Volksabstimmung“ am 10. April 1938 sowie internationale Reaktionen auf die Auslöschung Österreichs wurden in den Band ebenso aufgenommen wie Beispiele für die Institutionalisierung des Antisemitismus in Österreich. Auch für Gängelungsversuche der österreichischen Arbeiterbewegung sowie die Übernahme der Verwaltung und der Exekutive Österreichs in das „Großdeutsche Reich“ werden beschrieben. Die Autoren sind Historiker und Politologen, die sich besonders mit der Zeitgeschichte befaßt haben. Die Edition der Dokumente durch Heinz ARNBERGER, Winfried R. GARSCHA und Christa MITTERRUTZNER ist sorgfältig und sehr anschaulich zum Thema erfolgt.

Jahrbuch 1988 – Format 14,5x20,8 cm, ca. 150 Seiten, Faksimiles, Fotos, Ladenpreis S 90,- kartoniert, Österreichischer Bundesverlag, März 1988. Zielsetzung des DÖW-Jahrbuches ist die Publikation aktueller Artikel, Ta-

gungsberichte und Referate der DÖW-Mitarbeiter sowie anderer dem Archiv nahestehender Historiker, Germanisten, Exilforscher etc.

Das Jahrbuch 1988 wendet sich verständlicherweise verstärkt den Ereignissen vor 50 Jahren zu: dem „Anschluß“ (März 1938) und der „Reichskristallnacht“ (9./10. November 1938). Vor diesem Hintergrund greifen mehrere Autoren das Verhältnis des Österreichers zu seiner Vergangenheit auf; z. B. Adolf Gaisbauer weist auf Reden und Zeitungsartikel von Friedrich Heer aus dem Jahr 1954 hin, die praktisch die Geschichtsdiskussion 33 Jahre später vorwegnehmen.

Das Jahrbuch 1988 enthält einen Beitrag von Julius Kretschmer zum Thema „Widerstand und Verfolgung von Monarchisten 1938–1945 und die Rede von Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock anläßlich der DÖW-Jahresversammlung 1987. Ferner nimmt dieses Jahrbuch auch auf das 25jährige Bestehen des DÖW Bezug.

UNSERE TOTEN

Landesverband Wien:

Am 17. 11. 1987 verstarb das langjährige Mitglied Frau Anna GLANZ im 83. Lebensjahr.

Am 9. 12. 1987 verstarb Kam. General i. R. Hubert WINGELBAUER, Inhaber des Ehrenzeichens f. Verdienste um die Befreiung Österreichs, im 72. Lebensjahr.

Landesverband Burgenland:

Am 21. 12. 1987 starb in St. Margarethen im 92. Lebensjahr das langjährige Mitglied Frau Maria WAMITSCHKE, Witwe nach einem in der NS-Zeit gemäßregelten Gendarmenebammen.

Am 27. 1. 1988 starb in Eisenstadt Altlandeshauptmann Prof. Josef LENTSCH.

Landesverband Niederösterreich:

Am 27. Dezember 1987 verstarb Kam. Min.-Rat i. R. Oberleutnant d. R. Mag. phil. Karl LAGER im 85. Lebensjahr.

Am 5. 1. 1988 verstarb Kameradin Friederike HAPTA, Landesbeamtin in Ruhe.

R. I. P.

Jubilare

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde Geburtstage“:

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des FREIHEITSKÄMPFERS gratulieren herzlichst!

Landesverband Wien:

65 Jahre: Kammeramts-Dir. HR Dr. Walter Urbarz (12. 3.)
70 Jahre: Johann Zinggl (24. 1.)
75 Jahre: Gertrude Bokor (13. 2.)
90 Jahre: Leopold Roitmeier (17. 2.)

Landesverband Burgenland:

75 Jahre: Elisabeth Putsch (6. 2.)
75 Jahre: FDI Insp. Hans Korpitsch (7. 4.)

Landesverband Niederösterreich:

65 Jahre: Hildegard Pollak (19. 2.)
65 Jahre: Elisabeth Göpflich (23. 2.)
70 Jahre: Franziska Stöckler (8. 1.)
90 Jahre: Altbürgermeister OSR Josef Hauer (8. 2.)
90 Jahre: LSI i. R. HR Mag. Hermann Käfer (15. 3.)



Ein gutes
Zeichen für
persönliches
Service



...die Bank für Sie
ÖSTERREICHISCHER BUNDVERLAG

Zuschuß für Kuraufenthalt

Aus gegebenem Anlaß wird aufmerksam gemacht, daß um einen Zuschuß für Kuraufenthalt aus dem Ausgleichsstockfonds eingereicht werden kann. Die Untersuchung durch den Amtsarzt für die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Kuraufenthaltes soll aber vor dem Kurantritt erfolgen.

WIR SICHERN DEN ARBEITNEHMERNein Mitspracherecht in
allen ihren Belangen**HELFEH UND BERATEN IN FRAGEN**der Arbeitnehmer
der Sozialversicherung
des Konsumentenschutzes**WAHREN IHRE RECHTE GEGENÜBER**dem Arbeitgeber
der Sozialversicherung
in Konsumentenfragen**BIETEN**

Bildungsmöglichkeiten für alle

**Kammer für Arbeiter
und Angestellte für Vorarlberg****Gedenkgottesdienst
am 12. März 1988**

Am 12. März 1988, 10 Uhr, wird
Se. Exz. Militärbischof Dr. Alfred
Kostecky in Wien 9, Votivkir-
che, einen Gedenkgottesdienst
für alle, die für Österreich ihr Le-
ben hingegen haben, zelebrieren.
Hierzu werden noch ge-
sondert Einladungen ergehen.

Beratung im Opferrecht

Unser Bundesobmann, Vizepräsident
des VWGH, i. R. Dr. Hubert JURASEK,
steht für Auskunft und Beratung in An-
gelegenheiten des Opferrechts und
auch für das Sozialversicherungs-
recht, langjährig im Verwaltungsge-
richtshof damit befaßt gewesen, nach
Vor anmeldung im Sekretariat der Bun-
desleitung in Wien 8, Laudongas-
se 16, zur Verfügung.

„Kampf um Österreich“

„Die Vaterländische Front und ihr
Widerstand gegen den Anschluß
1934–1938“

Autor: Prof. Ludwig REICHHOLD; Her-
ausgeber: Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes
(DOW); Österreichischer Bundesver-
lag, Wien; 424 Seiten, 32 Seiten Bilder,
Ladenpreis S 408,-.

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:

Camillo HEGER, Mag. Dr. Hubert JURASEK, Reg.-Rat Eduard PUMPERNIG, OSR Anton SATTLER, Hanna TELT-
SCHER, Mag. Dr. Josef WINDISCH

Impressum:

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. **Redaktion:**
Mag. Dr. Josef WINDISCH. **Verlags- und Erscheinungsort:** Wien. **Sitz des Medieninhabers, des Herausgebers, der
Redaktion und Verwaltung:** 1080 Wien, Laudongasse 16, Telefon 43 11 44. **Hersteller:** Typographische Anstalt
Ges. m. b. H., 1190 Wien, Muthgasse 56.

Offenlegung gemäß Mediengesetz 1982:

§ 25 (2): ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten – Kuratorium, 1080 Wien, Laudongasse 16. Bundesobmann: Vize-
präsident des VWGH i. R. Mag. Dr. Hubert JURASEK. Unternehmensgegenstand: Interessenvertretung der Opfer des Na-
tionalsozialismus und ihrer Hinterbliebenen sowie der österreichischen Widerstandskämpfer.

§ 25 (4): „DER FREIHEITSKÄMPFER“ ist ein Organ der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten-Bundesleitung. Die
Blattlinie entspricht den Grundsätzen, die im Statut verankert sind (BM f. Inn., Zl. 92.642/1-1/6/76).